



Nr. 146 • 24. Juni 2018 • www.idea-pressedienst.de

Inhaltsverzeichnis

N A C H R I C H T E N	2
Diakonie: Nicht immer weniger für den Schutz von Flüchtlingen tun	2
UN-Generalsekretär: Christen sind Bestandteil der Nahost-Kultur	3
Vorwürfe gegen Venezuela: Menschenrechtslage ist katastrophal	4
USA: Nur 28 verfolgte Christen aus dem Mittleren Osten aufgenommen	5
Sächsischischer Landtagspräsident würdigt gutes Verhältnis zur Kirche	5
Clan-Forscher kritisiert rot-rot-grüne „Multikulti-Regierung“ in Berlin	6
Kommunion-Streit: EKD-Ratsvorsitzender lobt Papst-Äußerung	7
Nicaragua: Evangelikaler Pastor und seine Familie getötet	8
Söder: Wir brauchen eine echte Wende in der Asylpolitik	9
Hamburger Christ gewinnt bei bundesweitem Musikwettbewerb	9
P O R T R A E T	10
Die doppelte Rettung	10
K L E I N E K A N Z E L	11
Fußball war sein Leben	11

N A C H R I C H T E N

Diakonie: Nicht immer weniger für den Schutz von Flüchtlingen tun Zurückweisungen an der Grenze oder bilaterale Abkommen sind keine Lösung

Berlin (idea) – Das evangelische Hilfswerk „Brot für die Welt“ und die „Diakonie Deutschland“ appellieren an die Bundesregierung, sich in der Europäischen Union für den Schutz von Flüchtlingen einzusetzen. Hintergrund ist das Gipfeltreffen des Europäischen Rates am 28. und 29. Juni in Brüssel, bei dem es auch um das Thema Migration gehen soll. Europa müsse in der Asylpolitik Verantwortung übernehmen, heißt es in einer am 24. Juni veröffentlichten gemeinsamen Stellungnahme. Die Präsidentin des Hilfswerks „Brot für die Welt“, Cornelia Füllkrug-Weitzel (Berlin), ist überzeugt: „Es ist ein Bruch mit den menschenrechtlichen Verpflichtungen, unsolidarisch und bedenklich kurzsichtig, dass einige EU-Regierungen sich weigern, überhaupt noch Schutzsuchende aufzunehmen.“ So schiebe Europa die globale Verantwortung für die Folgen von Krieg und Gewalt von sich weg.

Diakoniepräsident: Debatte wurde auf Kosten der Schutzbedürftigen emotionalisiert

Die geplante Reform des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ ziele unter anderem darauf ab, Asylsuchende in „sichere Drittstaaten“ abzuweisen. Die rechtstaatliche Notwendigkeit der Überprüfung aller Einzelfälle gerät den beiden Werken zufolge dadurch immer mehr in den Hintergrund. Laut dem Präsidenten der Diakonie Deutschland, Ulrich Lilie (Berlin), hat das „zu einer gefährlichen und fahrlässigen Emotionalisierung der Debatte auf Kosten der Schutzbedürftigen geführt und könnte eine Kettenreaktion nationaler Alleingänge in Gang setzen“. Die „verheerende Abwärtsspirale im Flüchtlingsschutz“ müsse gestoppt werden. Zurückweisungen an der Grenze – diese Position vertritt Innenminister Horst Seehofer (CSU) – oder bilaterale Abkommen – dafür spricht sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) aus – seien keine Lösung, um „Schutzsuchende gerecht auf die EU-Länder zu verteilen“. So werde die Spaltung der EU nur weiter vorangetrieben. Die EU müsse einen echten Interessenausgleich der Mitgliedstaaten herstellen und auch die „Familie und sonstige Bindungen der Asylsuchenden“ berücksichtigen.

Kanzler Kurz: Viele, die nach Europa kamen, sind Wirtschaftsmigranten

Österreichs Kanzler Sebastian Kurz sagte im „BILD“-Interview, die Spannungen in Europa seien durch die falsche Politik in den Jahren 2015 und 2016 entstanden: „Es war eine Grundhaltung, die Migranten motiviert hat, nach Europa aufzubrechen.“ Man werde alles für eine europäische Lösung tun, „insbesondere für einen Schutz der Außengrenzen“. Man sollte damit aufhören, „weiter über ein Verteilsystem zu sprechen, das einfach nicht funktionieren wird“. Den Vorwurf, er zeige im Umgang mit Flüchtlingen Kälte, wies Kurz zurück. Viele, die nach Europa kamen, seien keine Flüchtlinge, sondern Wirtschaftsmigranten. Es habe nichts mit Kälte zu tun, wenn er nach Lösungen suche, „damit unsere Länder nicht überfordert werden“. Man müsse verhindern, dass Boote überhaupt nach Europa gelangten.

„Welt am Sonntag“: Deutschland bleibt weiterhin das Wunschziel

Währenddessen teilte das Bundesinnenministerium auf Anfrage der „Welt am Sonntag“ mit, dass es weiterhin viele Asylsuchende innerhalb der Europäischen Union nach Deutschland ziehe: „Ein großer Teil der sich in Griechenland aufhaltenden beziehungsweise neu ankommenden Migranten strebt eine Weiterreise nach West- oder Nordeuropa an“, sagte eine Sprecherin. Griechenland sei „nach wie vor ein wichtiges Drehkreuz der illegalen Migration nach Europa und ein Brennpunkt der Schleusungskriminalität“.

EU-Länder nehmen nur jeden zehnten Migranten zurück

2017 stellte Deutschland laut der Tageszeitung „Bild“ 59.808 Rückübernahmeanträge an andere EU-Länder für Migranten, die in Deutschland Asyl beantragten, obwohl sie in einem anderen Land registriert wurden. Davon wurden nur 10,8 Prozent (6.464) dann auch tatsächlich überstellt.

(idea/24.06.2018)

UN-Generalsekretär: Christen sind Bestandteil der Nahost-Kultur

In Syrien und im Irak mussten Tausende ihre Heimat verlassen

Moskau/Brüssel (idea) – Der Generalsekretär der Vereinten Nationen (New York), António Guterres, hat die Bedeutung der christlichen Bevölkerung für die Kultur des Nahen Ostens gewürdigt. „Christen sind ein wesentlicher Bestandteil der Gesellschaft im Nahen Osten“, sagte er Medienberichten zufolge bei einem Treffen mit dem Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Kyrill, in Moskau. Deshalb sei es notwendig, „Christen und Angehörigen anderer religiöser Minderheiten eine Rückkehr nach Syrien und in den Irak zu ermöglichen“. Seit dem Sturz des irakischen Präsidenten Saddam Hussein (1937–2006) haben Schätzungen zufolge bis zu drei Viertel der Christen den Irak verlassen. In der Mitte und im Süden des Landes gibt es fast keine Gemeinden mehr. Die große Mehrheit der verbliebenen Christen lebt in den Kurdengebieten Nordiraks. Auch aus Syrien flohen nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges im Frühjahr 2011 Zehntausende Christen in den Libanon, nach Jordanien oder Europa. Im Dezember forderten mehr als 800.000 Menschen in einer Petition die Vereinten Nationen dazu auf, sich für einen besseren Schutz der Christen in den Ländern einzusetzen. Der 69-jährige Katholik Guterres war von 1995 bis 2002 portugiesischer Premierminister.

(idea/24.06.2018)

Vorwürfe gegen Venezuela: Menschenrechtslage ist katastrophal Menschen werden bei Razzien in Armenvierteln ermordet, Tatorte manipuliert

Caracas (idea) – In Venezuela begeht die sozialistische Regierung von Präsident Nicolás Maduro schwere Menschenrechtsverletzungen. Zu diesem Schluss kommen die Vereinten Nationen. So hätten die Sicherheitskräfte zwischen 2015 und 2017 mindestens 505 Menschen in dem südamerikanischen Land ohne rechtliche Grundlage getötet, hieß es in einem Bericht des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte. Die Einsatzkräfte sollen ihre Opfer bei Razzien in Armenvierteln umgebracht und anschließend die Tatorte manipuliert haben. Die Fälle würden fast nie aufgeklärt. Auch die humanitäre Krise verletze die Menschenrechte. Laut Schätzungen leben 87 Prozent in Armut. Das Rote Kreuz geht von einer Million Venezolaner aus, die im vergangenen Jahr allein nach Kolumbien ausreisten. UN-Hochkommissar Said Raad al-Hussein sagte: „Die Menschenrechtslage ist katastrophal. Wenn eine Schachtel Tabletten gegen Bluthochdruck mehr als einen Mindestlohn kostet und Milchpulver für Babys mehr als zwei Monatsgehälter, aber Proteste gegen diese untragbare Situation dich ins Gefängnis bringen, ist das eine extreme Ungerechtigkeit.“ Auslöser für die seit über einem Jahr anhaltenden Proteste war die Entmachtung des von der Opposition dominierten Parlaments. Stattdessen berief Maduro eine verfassunggebende Versammlung ein. Bei den Präsidentschaftswahlen im Mai wurde Maduro mit deutlicher Mehrheit wiedergewählt. Allerdings boykottierte ein großer Teil der Opposition die Wahl, weil aussichtsreiche Gegenkandidaten nicht zugelassen worden waren.

USA kritisieren: Der UN-Menschenrechtsrat bleibt stumm

Venezuela ist Mitglied im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Die USA waren am 19. Juni aus dem Gremium mit der Begründung ausgetreten, sie wollten nicht länger dieser „heuchlerischen“ Organisation angehören, die sich gegenüber den grundlegendsten Menschenrechten respektlos verhalte. Die amerikanische UN-Botschafterin Nikki Haley erwähnte in ihrer Begründung für den Rückzug ausdrücklich Venezuela. So sei der politisch voreingenommene Menschenrechtsrat auch nach den massiven Verletzungen in dem Land stumm geblieben. Das Gremium wurde 2006 ins Leben gerufen. Seine Mitglieder werden jeweils für drei Jahre gewählt. Die Mitgliedschaft der USA hätte 2019 turnusmäßig geendet, die von Deutschland geht in diesem Jahr zu Ende. Im Jahr 2016 richteten sich 20 von 26 Resolutionen (77 Prozent) ausschließlich gegen Israel und in den Jahren 2015 sowie 2014 jeweils 20 von 23 (87 Prozent). Von den 30 Millionen Einwohnern Venezuelas sind 73 Prozent Katholiken, 17 Prozent Protestanten und sieben Prozent Konfessionslose.

(idea/24.06.2018)

USA: Nur 28 verfolgte Christen aus dem Mittleren Osten aufgenommen

Evangelikale kritisieren Trumps Flüchtlingspolitik

Washington (idea) – Die USA haben 2018 bislang nur 28 christliche Flüchtlinge aus dem Mittleren Osten aufgenommen. Das geht aus der Statistik des „Refugee Processing Center“ hervor, das vom Außenministerium betrieben wird. Acht kamen aus Afghanistan, sechs aus Syrien und jeweils zwei aus dem Iran und dem Irak. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum 2016 akzeptierte die Regierung unter US-Präsident Barack Obama 1.444 christliche Flüchtlinge aus dieser Region (Afghanistan 27, Iran 857, Irak 549, Syrien 11). Die Flüchtlingspolitik der Regierung unter US-Präsident Donald Trump stößt unter anderem bei Evangelikalen, etwa beim Zusammenschluss „Evangelical Immigration Table“, auf Kritik. Die Leiterin der Gemeindearbeit in der Kommission für Ethik und Religionsfreiheit der Südlichen Baptisten, Trillia Newbell (Nashville/US-Bundesstaat Tennessee), bezeichnete Einwanderer als „wichtigen und wachsenden Teil unserer Kirchen“. Schon der Apostel Paulus habe geschrieben, dass, wenn ein Körperteil leide, alle anderen mitlitten: „Aus diesem Grund leiden wir, wenn wir sehen, wie unsere Brüder und Schwestern für ihren Glauben verfolgt werden und von den USA abgelehnt werden.“ Der „Evangelical Immigration Table“ ist ein Zusammenschluss evangelikaler Organisationen und Führungskräfte, der sich nach eigenen Angaben für eine mit biblischen Werten übereinstimmende Reform der Einwanderungsgesetze einsetzt. Zu den Mitgliedern zählt neben den Südlichen Baptisten auch die Evangelische Allianz in den USA.

(idea/24.06.2018)

Sächsischischer Landtagspräsident würdigt gutes Verhältnis zur Kirche Sommerempfang mit Vertretern aus Kirche, Kultur, Wissenschaft und Politik

Dresden (idea) – Der Präsident des Sächsischen Landtages, Matthias Rößler (CDU, Dresden), hat das „gute Verhältnis“ zwischen der evangelischen Kirche und dem Land Sachsen gewürdigt. „Für den Weg der Partnerschaft und des Dialoges, den unsere Gesellschaft so dringend braucht, wünsche ich uns auch zukünftig viel Erfolg und Gottes Segen“, sagte er in seinem Grußwort beim Sommerempfang der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens in Dresden. Laut Rößler ist das partnerschaftliche Verhältnis in der Lutherdekade und dem Reformationsjubiläum 2017 besonders deutlich geworden. „Kalendarisch mag das Reformationsjubiläum Geschichte sein, inhaltlich aber wirkt es weiter.“ So sei beispielsweise die Diskussion über Werte und Normen neu angestoßen worden. Der sächsische Landesbischof Carsten Rentzing (Dresden) sprach in seinem geistlichen Wort über die christliche Hoffnung. Die meisten Menschen setzten heute ihre Hoffnungen auf Irdisches und würden dadurch enttäuscht: „Die Kirche aber richtet den Blick auf die letzten Dinge und nennt den Realgrund der Hoffnung: Den Herr des Lebens.“ Der Bischof rief die Zuhörer dazu auf, über „die Realitäten des Momentes hinauszublicken“ und „Letztes vom Vorletzten zu trennen“. So könne man „den Aufgeregtheiten unserer Zeit mit großem Frieden begegnen“. Am traditionellen Sommerempfang nahmen mehr als 200 Vertreter aus Kirche, Kultur, Wissenschaft und Politik teil, darunter Mitglieder des Bundestages und des Landtages.

(idea/24.06.2018)

Clan-Forscher kritisiert rot-rot-grüne „Multikulti-Regierung“ in Berlin

Arabische Clan-Kriminalität: Der Staat lässt sich aushebeln

Berlin (idea) – Der Islamwissenschaftler Ralph Ghadban (Berlin) hat den Umgang der rot-rot-grünen Koalition in Berlin mit arabischen Familienclans kritisiert. Hintergrund sind die kriminellen Taten der Clans, die ihre Aktivitäten zunehmend vom Bezirk Neukölln in die City West verlagern. Zuletzt waren am 21. Juni drei Menschen bei einer Messerstecherei in Charlottenburg teils schwer verletzt worden. Ghadban sagte im Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb), dass es bei den Clans eine Paralleljustiz gebe, durch die der Rechtsstaat ausgehebelt werde. Aus „ideologischen Gründen“ werde bislang nicht versucht, die Problematik richtig anzugehen und die Clans als solche zu erfassen sowie zu registrieren. In Berlin sei es beispielsweise verboten, bei Straftaten die Ethnie zu erwähnen. Der Staat erlaube also nicht, dass das Thema gründlich behandelt werde, betonte Ghadban. In Niedersachsen hingegen hat man diese Hemmungen abgelegt. Dem Beispiel werde die Berliner „Multikulti-Regierung“ aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke wohl kaum folgen, befürchtet er. Ghadban, der an einem Buch über arabische Clans in Berlin arbeitet, sagte ferner, dass das Geld der Clans vor allem aus den Drogen- und Schutzgeldgeschäft stamme. Es werde dann gewaschen, indem es in Restaurants und zunehmend in Immobilien investiert werde. Das Eigentum werde über Strohmänner erworben. Dabei hätten die Clans Hilfe von guten Anwälten und Steuerberatern. Alles laufe an dieser Stelle somit formal „ganz legal“ ab. Deswegen sei dort der Zugriff des Staates schwierig.

CDU fordert Ermittlungsgruppe

Die Berliner CDU fordert derweil eine spezielle Ermittlungsgruppe. Sie soll sich ausschließlich um die arabischen Clans in Berlin kümmern. Mehr Polizeistreifen in den betroffenen Gebieten würden nur oberflächlich helfen, sagte der CDU-Politiker und Vorsitzende des Innenausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus, Peter Trapp, im rbb-Inforadio. Nötig sei eine Gruppe, die aus Vertretern der örtlichen Polizei und des Landeskriminalamtes bestehe.

(idea/24.06.2018)

Kommunion-Streit: EKD-Ratsvorsitzender lobt Papst-Äußerung

Abgesang auf ökumenischen Fortschritt war „glücklicherweise voreilig“

München (idea) – Die Debatte um die Öffnung der Kommunion für evangelische Ehepartner hält an. Der Papst hatte am 21. Juni auf dem Rückflug von seinem Besuch beim Weltkirchenrat in Genf unter anderem gesagt, der Brief der Glaubenskongregation an die deutschen Bischöfe sei „keine ökumenische Bremse“. Zum Hintergrund: Die Bischofskonferenz hatte sich mehrheitlich auf eine bisher nicht veröffentlichte Handreichung geeinigt, wonach nichtkatholische Ehepartner im Einzelfall die Kommunion empfangen können. Sieben Bischöfe baten daraufhin „Rom“ um Klärung. Ein Gespräch Anfang Mai im Vatikan brachte keine endgültige Entscheidung: Die deutschen Bischöfe sollten ihren Streit selber lösen. Anfang Juni hieß es dann hingegen in dem Brief der Glaubenskongregation, Papst Franziskus sei zu dem Schluss gekommen, „dass das Dokument nicht zur Veröffentlichung reif ist“.

Bedford-Strohm: Ökumene-Befürworter dürfen sich ermutigt fühlen

Der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof Heinrich Bedford Strohm (München), nannte die Aussagen von Papst Franziskus eine „hilfreiche Klärung“. Dem Papst schwebte „ganz offensichtlich“ auf der Basis der Handreichung ein Dokument vor, das jedem Bischof in seinem Bistum als Orientierungsgrundlage dienen könne, so Bedford-Strohm auf Facebook: „Besonders interessant und auch ermutigend für uns Evangelische ist seine Feststellung, dass die geplante Handreichung zum Kommunionempfang für nichtkatholische Ehepartner sogar restriktiver gewesen sei, als es das Kirchenrecht vorsehe.“ Es stecke also in der Sicht des Papstes im katholischen Kirchenrecht „sogar noch mehr ökumenisches Potential drin“. Der Abgesang auf den ökumenischen Fortschritt, den manche schon angestimmt hätten, sei „glücklicherweise voreilig“: „Alle, die sich in Deutschland für die Ökumene einsetzen, dürfen sich ermutigt fühlen.“

Kirchenrechtler: Für liberaler Gesinnte bleibt nun inhaltlich viel Spielraum

Anders sieht das der katholische Kirchenrechtler Thomas Schüller (Münster). Er bezeichnete die Äußerungen des Papstes als vieldeutig und teilweise kryptisch. Offensichtlich wolle Franziskus den Streit der deutschen Bischöfe dadurch befrieden, „dass er es jetzt eben jeden so machen lässt, wie er will. Inhaltlich bleibt da für die liberaler Gesinnten viel Spielraum, denen der Papst ja attestiert, sie hätten ihre Sache ‚gut gemacht‘“, sagte er der „Frankfurter Rundschau“.

Papst und seine Behörden haben einen „Scherbenhaufen angerichtet“

Käme es nun tatsächlich zu Einzelfalllösungen von Bistum zu Bistum, entstünde in Deutschland ein „pastoraler Flickenteppich“. Dass der Papst und seine Behörden für ein solches Ergebnis einen derartigen „Scherbenhaufen angerichtet“ hätten, darüber könne er nur den Kopf schütteln, so Schüller. Am 25. und 26. Juni kommen die 27 Diözesanbischöfe zur turnusmäßigen Sitzung des Ständigen Rats der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz in Berlin zusammen. Der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki sagte der „Bild“-Zeitung, es werde dort nicht darum gehen, „dass es am Ende einen Sieger gibt“. Es sei wichtig, dass in Berlin alle Beteiligten an einem Tisch säßen „und über die eindeutige Antwort aus Rom miteinander sprechen“.

(idea/24.06.2018)

Nicaragua: Evangelikaler Pastor und seine Familie getötet

Ausschreitungen schränken Leben der Christen ein

Managua (idea) – In dem von Präsident Daniel Ortega autoritär regierten Nicaragua hält die Gewalt an. Seit April sind in dem mittelamerikanischen Land über 200 Menschen bei den Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition getötet und etwa 2.000 verletzt worden. Auslöser war die Ankündigung von Ortega, die Renten zu kürzen. Unter den Toten sind dem Internet-Magazin „Evangelical Focus“ zufolge auch ein evangelikaler Pastor und fünf Familienangehörige. Oscar Velasquez Pavon und seine Frau Maritza Lopez sollen Pro-Regierungskräfte den Zugang zu ihrem Haus in der Hauptstadt Managua verweigert haben. Daraufhin hätten diese mit Molotow-Cocktails das Haus in Brand gesteckt. Außer dem Ehepaar kam auch dessen Tochter, der Schwiegersohn sowie die drei Monate und drei Jahre alten Enkelkinder ums Leben.

Christliche Schulen und Kirchen von Straßenblockaden betroffen

Der aus Deutschland stammende Missionar Gerhard Mantei in Masatepe (bei Managua) bestätigte gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea den Extremzustand in dem Land. Er könne nicht mehr vor die Tür gehen. Zu groß sei die Gefahr, ausgeraubt oder erschossen zu werden. Die Christen in Masatepe würden sich nur noch an fußläufig erreichbaren Versammlungsorten treffen. Es gebe zahlreiche Straßenblockaden. Das habe mittlerweile zu einer Lebensmittelknappheit geführt. Wegen der Straßensperren könne derzeit auch der Unterricht für etwa 1.100 Kinder an den beiden von ihm geleiteten christlichen Schulen in Masatepe und Santa Teresa nur eingeschränkt stattfinden. Er hoffe, dass sich der Schulbetrieb bald wieder normalisiere. Mantei arbeitet für das christliche Hilfswerk „Nehemia“ mit Sitz im hessischen Nidda. Die Tochterorganisation des pfingstkirchlichen Missionswerks „AVC – Aktion für verfolgte Christen“ betreibt Schulen, Krankenhäuser und andere humanitäre Projekte in rund 25 Ländern.

Lazarette in Kirchen

Auch die zuständige Projektleiterin des Schweizer Zweigs der Menschenrechtsorganisation „Christian Solidarity International“ (Christliche Solidarität Weltweit), Agnes Wertgen (Binz), spricht von einem Ausnahmezustand. Das Werk unterstützt Kinderprojekte der Karmeliter-Schwestern in Bluefields, Puerto Cabozas, Tipitapa und Santa Rosa. Sie fürchteten um die eigene Sicherheit und die der Kinder, so Wertgen. Die Regierung überwache ihre Arbeit sehr genau. Grund sei, dass katholische Kirchen ihre Gebäude vermehrt zu Lazaretten umfunktionierten. Freiwillige versorgten dort Verletzte, weil die Regierung es laut Wertgen den Krankenhäusern untersagt hat, verwundete Oppositionelle zu behandeln. CSI wurde 1977 in der Schweiz gegründet und hat dort seinen Hauptsitz. Die Organisation setzt sich für Religionsfreiheit und Menschenwürde ein. 56 Prozent der 6,3 Millionen Einwohner sind römisch-katholisch, 34 Prozent gehören verschiedenen protestantischen Gemeinschaften an.

(idea/24.06.2018)

Söder: Wir brauchen eine echte Wende in der Asylpolitik

Die ungeordnete Zuwanderung des Jahres 2015 war ein grundlegender Fehler

München (idea) – Zu einer „echten Wende“ in der europäischen Zuwanderungspolitik hat der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) aufgerufen. Wie er in einem Beitrag auf dem Onlineportal der Tageszeitung „Die Welt“ schreibt, geht es um die Zukunft der Demokratie und der bürgerlichen Volksparteien. In den Ländern, in denen die bürgerliche Politik die Sorgen der Bevölkerung ignoriert habe, seien populistische Kräfte erstarkt. Er warnte davor, die Sorgen in gute – etwa vor Globalisierung – und schlechte – beispielsweise vor Überfremdung – einzuteilen: „Gegen einen solchen moralischen Imperativ und politischen Rigorismus wehren sich die Menschen aber schon seit langem.“ Die Sorge vor Überforderung der europäischen Gesellschaften durch Migration und Zuwanderung „sind größer, als viele wahrhaben wollen“. Die ungeordnete Zuwanderung des Jahres 2015 sei ein „grundlegender Fehler“ gewesen: „Das müssen wir ändern.“ Kosmetische Veränderungen reichten nicht. Es brauche einen glaubwürdigen und in sich schlüssigen Plan, wie die Asylwende eingeleitet werde: „Der bayerische Asylplan und der Masterplan des Bundesinnenministers sind dafür die Blaupausen.“ Die Menschen an den politischen Rändern müssten wieder in die Mitte integriert werden. Ohne Rückhalt und Zustimmung durch die eigene Bevölkerung werde jede europäische Lösung scheitern, so Söder.

(idea/24.06.2018)

Hamburger Christ gewinnt bei bundesweitem Musikwettbewerb

Alfred Gyimah besucht das christliche Jugendhaus „Arche“

Hamburg/Berlin (idea) – Der 16-jährige Rapper Alfred Gyimah gehört zu den Siegern des bundesweiten Musikwettbewerbs „Dein Song für eine Welt“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Sein Titel „Diese eine Welt“ ist eines von 23 Liedern, die unter 400 Einsendungen ausgewählt wurden. Die Gewinner produzieren nun gemeinsam ein Album. Er habe durch seinen Betreuer im Jugendhaus des christlichen Kinderhilfswerks „Arche“ in Hamburg von dem Projekt erfahren, so Gyimah. Als ältestes von sieben Geschwistern wurde er in Bremen geboren und wuchs in Hamburg auf. Mit sechs Jahren besuchte er zum ersten Mal die Arche. „Der christliche Glaube ist mir sehr wichtig“, sagte Gyimah der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Den Text seines Liedes habe er aber „recht allgemein“ gehalten, damit er für alle gut zugänglich sei. Im Refrain heißt es: „Diese eine Welt ist für jeden da. Mehr Zusammenhalt in Zukunft und Gegenwart. Ich beweis‘ und zeig, dass die Vergangenheit ein Fehler war.“ Gyimahs Eltern stammen aus Ghana. Die 2006 gegründete Hamburger Arche ist ein Ableger des christlichen Kinder- und Jugendwerks Arche in Berlin. Zu den Angeboten gehören unter anderem gemeinsame Mittag- und Abendessen, Hausaufgabenhilfe, Sportaktivitäten sowie Musik- oder Theater-Kurse.

(idea/24.06.2018)

PORTRÄT

Die doppelte Rettung

Hasti Parsigohar erleidet auf ihrer Flucht aus dem Iran Schiffbruch. Obwohl sie als Muslimin aufgewachsen ist, ruft sie in ihrer Not zu Jesus – und wird gerettet. Ein Porträt von idea-Redakteur Simon Laufer

Als das löchrige Plastikboot im Mittelmeer zu sinken beginnt, bekommt Hasti Parsigohar Todesangst. Sie und ihre Mitreisenden versuchen verzweifelt, mit kleinen Bechern Wasser aus dem Schiff zu schöpfen – vergeblich. Da schreit sie ein Gebet in die Wogen des Meers: „Jesus, wenn es dich wirklich gibt, dann rette uns!“ Nach 20 Sekunden kreuzt ein Fischerboot aus der Türkei auf. Alle Schiffbrüchigen überleben.

Als die heute 30-jährige Iranerin im Sommer 2015 versuchte, in einem alten Seelenfänger nach Europa zu kommen, hatte sie schon eine Odyssee hinter sich. Als „Namensmuslimin“ aufgewachsen, spürte Hasti Parsigohar immer eine tiefe Sehnsucht nach Sinn und Erfüllung. Doch sie empfand ihr Heimatland als geistlich „dunkel“. Sie versuchte es mit Esoterik und fernöstlichen Religionen, die ihr aber keinen Halt gaben. 2012 entschied sie sich, ihr Glück woanders zu suchen.

„Gott, ich will dich kennenlernen!“

Dreieinhalb Jahre lang schlug sie sich in der Türkei durch. Sie lernte Christen kennen und besuchte Gottesdienste. Doch Jesus blieb ihr genauso fremd wie Mohammed. „Für mich war Jesus eben ein Prophet, der heute keine Rolle mehr spielt.“ Eine Geschichte blieb jedoch bei ihr hängen: die von der Sturmstillung (Matthäus 8,23–27). „Mich hat beeindruckt, wie ruhig Jesus blieb. Das fiel mir dann ein, als unser Boot unterging.“

Ihre „erste Rettung“ war für Hasti Parsigohar der Beginn ihrer christlichen Glaubensreise. Mit der großen Flüchtlingswelle kam sie nach Deutschland und lernte weitere Christen kennen, Deutsche und Perser. Sie betete viel, erlebte Wunder und Bewahrung. Ein Gebet sprach sie dabei immer wieder: „Gott, ich will dich besser kennenlernen. Jesus, ich will deine Umarmung spüren.“

Jesus fordert sie zur Taufe auf

In einem Traum erlebt sie 2017 die Erhörung des Gebets: Mit befreundeten iranischen Christen geht sie in diesem Traum durch einen Wald. Dort begegnet ihnen Jesus und spricht jeden mit dem Namen eines Jüngers an. Zu ihr sagt er: „Maria Magdalena, ich möchte, dass du dich taufen lässt.“ Am nächsten Morgen weckt sie ein Anruf ihres geistlichen Mentors, der fragt: „Wir haben nächste Woche Taufe – möchtest du dabei sein?“

Jesus ist mein Freund

So erlebt Hasti Parsigohar nach der Rettung im Mittelmeer eine zweite, geistliche Rettung. Beide schreibt sie Gott zu, der jetzt ihren Alltag bestimmt. „Ich fühle mich Jesus sehr nah. Ich spreche mit ihm wie mit einem Freund.“ Inzwischen war ihr Asylverfahren erfolgreich. Sie ist sich sicher: Auch das verdankt sie Gott.

(idea/24.06.2018)

KLEINE KANZEL

Fußball war sein Leben

„Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.“ – Aus dem Evangelium nach Lukas 4,4

Von Bärbel Wilde

Es war bei einer Evangelisationswoche. Die Verantwortlichen der Gemeinde baten mich, einen Hausbesuch zu machen: „Bei einem 50-jährigen Mann. Er liegt schon seit 25 Jahren im Bett. MS – Multiple Sklerose.“ Ich bereite mich innerlich auf einen verbitterten Menschen vor. Seine Frau begrüßt mich und führt mich durch einen dunklen Flur. Ich betrete das Krankenzimmer. Im Bett liegt eine abgemagerte Gestalt. Aber sofort sehe ich in zwei ungewöhnlich strahlende Augen. Wir sprechen miteinander. Er bittet mich, ihn mit seinem Vornamen „Heinrich“ anzusprechen.

Er erzählt aus seiner Jugendzeit: „Fußball – das war mein Leben.“ Ich sehe ein Bild an der Wand: Sepp Herberger, Deutschlands Fußballnationaltrainer von 1936 bis 1964. Heinrich steht im Fußballtrikot neben ihm. Ein sportlicher junger Mann. Heinrich war damals ein talentierter Fußballer. Er hatte große Pläne. Doch dann merkte er, dass er kein Gefühl mehr in seinem Fuß hatte. Vernichtend die Diagnose des Arztes: MS.

Es begann ein neues Leben

Heinrich sagt: „Meine Welt brach zusammen. Von einem Tag auf den anderen wurde mein Leben sinnlos. Ich fragte nur immer wieder: ‚Warum?‘. Als mich der Pfarrer besuchte, schickte ich ihn weg. Ein ehemaliger Arbeitskollege kam regelmäßig. Er war Christ. Er sprach mit mir über seinen Glauben. Für mich begann ein neues Leben, als ich anfing, an Gott zu glauben. Der Mensch lebt nicht von Fußball allein.“

Später hörte ich, dass oft Menschen zu Heinrich kommen, um mit ihm ihre Probleme zu besprechen und mit ihm zu beten. In dem Ort wohnen viele, die durch ihn den Weg zurück zu Gott gefunden haben.

(Die Autorin, Pfarrerin Bärbel Wilde (Lüdenscheid), ist Evangelistin, Buchautorin und Vortragsrednerin.)

(idea/24.06.2018)